



Foto: Barbara Helfrich

Neuer Vorstand gewählt

Dr. Wolfgang Werner bleibt Vorsitzender des PARITÄTISCHEN Hessen

„Als Anwalt für soziale Gerechtigkeit werden wir auch in der kommenden Legislaturperiode Ihre Interessen und die ihrer Klientinnen und Klienten gegenüber der Landesregierung energisch vertreten“, sagte Dr. Wolfgang Werner bei der Mitgliederversammlung des PARITÄTISCHEN Hessen in Frankfurt und ergänzte mit Blick auf die neu in den Hessischen Landtag eingezogene AfD: „Wir zeigen Gesicht für eine vielfältige, offene und tolerante Gesellschaft. Vielfalt ist für uns ohne Alternative!“

Mehr als 200 Mitgliedsorganisationen waren bei der anschließenden Vorstandswahl vertreten. Dr. Wolfgang Werner wurde dabei für vier weitere Jahre als Vorstandsvorsitzender gewählt. Er hat das Amt seit 2008 inne. Als stellvertretende Vorsitzende gewählt wurden Walter Berle und Dr. Dorothea

Terpitz. Beide waren bereits zuvor Mitglied im Vorstand.

Zur Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzern traten 14 Kandidatinnen und Kandidaten an. Fünf von ihnen wurden erstmals in den Vorstand gewählt: Claudia Fischer, Thomas Geller, Jörg Gonnermann, Heidi Nitschke, und Ursula Poletti. Als Beisitzer wiedergewählt wurde Jens Mengel-Vornhagen.

Nicht erneut für ein Vorstandsamt angetreten waren Stefan Ringer, der dem Gremium seit 1993 angehört hatte und seit 1999 stellvertretender Vorsitzender war, und Gabi Becker, seit 2002 Mitglied und seit 2011 stellvertretende Vorsitzende.

Auf eigenen Wunsch schied außerdem nach 16 Jahren Brigitte Ott aus dem Vorstand aus, die bisherigen Mitglieder

Conrad Skerutsch und Edeltraud Krämer kandidierten ebenfalls nicht mehr.

Regionalkonzept geht in den Regelbetrieb
Die Mitgliederversammlung beschloss, das Regionalkonzept des PARITÄTISCHEN Hessen mit Beginn des kommenden Jahres in den Regelbetrieb zu überführen. Die entstehenden Mehrkosten werden bis auf weiteres aus den Rücklagen des Landesverbands gedeckt. Eine Finanzkommission soll Lösungsvorschläge zur Deckung dieser Kosten im Kontext einer kurz-, mittel- und langfristigen Gesamtfinanzierung entwickeln. Ziel des Regionalkonzepts ist es, die verbandliche haupt- und ehrenamtliche Struktur vor Ort zu stärken. Dafür wurde in der Mitgliederversammlung 2015 eine Personalausweitung in den sieben Regionalgeschäftsstellen beschlossen, die der PARITÄTISCHE Hessen unterhält.

Der neue Vorstand



Dr.
Wolfgang
Werner

Vorsitzender (Wiederwahl)
Bis April 2016 Geschäftsführer und
Vorstandsvorsitzender beim Lebenshilfe
Werk Kreis Waldeck -Frankenberg e. V.



Walter Berle

Stellvertretender Vorsitzender
(Neuwahl)
Heimleiter und Geschäftsführer im Alten-
zentrum EBEN-EZER Gudensberg



Dr. Dorothea
Terpitz

Stellvertretende Vorsitzende
(Neuwahl)
Vorstandsvorsitzende bei IGEL-OF e. V.
und Gemeinsam leben Hessen e. V.



Claudia
Fischer

(Neuwahl)
Leitung Projektentwicklung und
Kommunikation bei der
Lebenshilfe Frankfurt am Main e.V.



Thomas Geller

(Neuwahl)
Geschäftsführer des Waldorf-
kindergartens Bad Vilbel und
Sprecher des Regional-Rats der
Vereinigung der Waldorfkindergärten



Jörg
Gonnermann

(Neuwahl)
Landesgeschäftsführer des Arbeiter-
Samariter-Bundes Hessen e. V.



Jens
Mengel-
Vornhagen

(Neuwahl)
Regionalleiter Behindertenhilfe
Haina-Bad Emstal, Vitos Teilhabe



Heidi Nitschke

(Neuwahl)
Geschäftsführerin des Vereins
Trockendock e. V. in Friedberg



Ursula Poletti

(Neuwahl)
Direktorin des Sankt Katharinen- und
Weißfrauenstifts, Frankfurt

Forderungen an die neue Regierung

Nach der Landtagwahl regieren in Hessen CDU und Grüne weiter. Zu den Koalitionsverhandlungen hat der PARITÄTISCHE Hessen seine Forderungen für die kommende Legislaturperiode zusammengestellt.

Vielfalt, Offenheit und Toleranz stehen für den PARITÄTISCHEN Hessen an erster Stelle. Weil im neuen hessischen Landtag nun erstmals die AfD vertreten ist, gilt es diese Werte mehr denn je zu verteidigen. Der PARITÄTISCHE Hessen fordert das Land auf, Ausgrenzung und Diskriminierung zu bekämpfen. Ungleichbehandlung muss auf allen Ebenen thematisiert und Chancengleichheit eingefordert werden. Gleichzeitig müssen die Anstrengungen des Landes im Bereich der interkulturellen Öffnung weiter vorangetrieben werden. Besonderes Augenmerk – auch aufgrund ihrer spezifischen, seit Jahrhunderten andauernden Verfolgungsgeschichte – sollte auf der Gruppe der Roma und Sinti liegen. Das in der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschriebene Recht auf Teilhabe muss gesetzlich verankert und gewährleistet werden.

Das für die Dauer der vorigen Legislaturperiode eingeführte Sozialbudget hat sich bewährt und zu höherer Qualität und Planungssicherheit in der Sozialen Arbeit geführt. Eine Weiterführung und Dynamisierung des Sozialbudgets für die kommende Legislaturperiode ist dringend notwendig.

Wohnen ist Menschenrecht

Das Menschenrecht auf Wohnen ist auch in Hessen zunehmend bedroht. Die Zahl der Wohnungslosen steigt. Geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden, ist mittlerweile nicht nur für Menschen in besonderen oder prekären Lebenslagen eine große Herausforderung. Deshalb hat der PARITÄTISCHE Hessen das breite zivilgesellschaftliche Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen angestoßen, das zu einer Demonstration aufrief, zu der eine Woche vor der Landtagswahl mehr als 8000 Menschen nach Frankfurt kamen. Der PARITÄTISCHE Hes-



CDU und Grüne haben im Hessischen Landtag nur noch eine knappe Mehrheit.
Foto: Barbara Helfrich

sen fordert unter anderem, die Privatisierung öffentlicher Wohnungen und Grundstücke zu stoppen, die Infrastruktur im ländlichen Raum zu verbessern, den Bestand an Mietwohnungen zu sichern und den gemeinnützigen Wohnungsbau zu reaktivieren. Zudem soll die Rolle sozialer Träger als Vermieter gestärkt werden.

Altenhilfe, Pflege und Gesundheitswesen

Ab 2020 sollen die drei bisher getrennten Ausbildungen Kinderkrankenpflege, Krankenpflege und Altenpflege durch die neue generalistische Pflegeausbildung ersetzt werden. Der PARITÄTISCHE Hessen fordert von der Landesregierung unter anderem eine befristete Anschubfinanzierung der Altenpflegesschulen, damit diese die weitreichenden, konzeptionellen und strukturellen Aufgaben im Rahmen dieser Umstellung bewältigen können. Er kritisiert, dass das Hessische Pflege- und Betreuungsgesetz ambulante trägerorganisierte Wohngemeinschaften für meist zehn bis zwölf

Mieter*innen als vollstationäre Einrichtungen kategorisiert und mit den gleichen hohen Anforderungen wie ein großes Pflegeheim belegt und fordert das Land auf, die Rahmenbedingungen für neue Wohnformen und ambulante Wohngemeinschaften für ältere und pflegebedürftige Menschen zu verbessern.

Arbeit, Qualifizierung und Beschäftigung

Um die Arbeitsmarktintegration beziehungsweise die soziale Teilhabe von langzeitarbeitslosen Menschen zu fördern, schlägt der PARITÄTISCHE Hessen vor, Landesprogramme für unterschiedliche Zielgruppen auszubauen und zu entwickeln, insbesondere für Alleinerziehende, junge Erwachsene und Geflüchtete. Flächendeckend und mit einer institutionalisierten Förderung muss das Produktionsschulangebot etabliert werden.

Behindertenhilfe und Soziale Psychiatrie

Im neuen Hessischen Psychisch Krankenhilfegesetz fehlt eine verbindliche



Foto: Markus Glombitza@vege - stock.adobe.com

Wohnraummangel betrifft alle Bereiche Sozialer Arbeit.

und ausreichende Finanzierung von Betroffenen, respektive Betroffenenorganisationen. Der PARITÄTISCHE fordert die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Förderung von Selbsthilfeorganisationen nicht nur strukturell, sondern auch dahingehend, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen durch Fort- und Weiterbildungen die Möglichkeit erhalten, im Hilfesystem mitzuarbeiten. In Hessen haben Menschen, die in allen Lebensbereichen eine rechtliche Betreuung haben, immer noch kein aktives und passives Wahlrecht. Dies betrifft vor allem Menschen mit Behinderung. Diese Wahlrechtsausschlüsse verstoßen gegen demokratische Grundrechte, stehen im Widerspruch zur UN-Behindertenkonvention und müssen ersatzlos gestrichen werden.

Frauen, Mädchen, Familien, Gleichstellung

Der PARITÄTISCHE Hessen fordert, Frauen/Geschlechterpolitik als integralen und ressortübergreifenden Bestandteil der Regierungspolitik zu verankern und Maßnahmen gegen rechte, sexistische und rassistische Hasskriminalität gegenüber Frauen, Mädchen sowie gegen queere Menschen zu verstärken. Um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, müssen Prävention und Beratungsangebote ausgebaut und die Kapazitäten in Frauenhäusern aufgestockt werden – derzeit fehlen in Hessen 300 Plätze. Auch Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt müssen gestärkt werden. Die Familien-

politik sollte bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Dazu gehört unter anderem eine nachhaltige Finanzierung für Kinder- und Familienzentren, Mehrgenerationenhäuser und Hilfen für junge Familien.

Kinder- und Jugendhilfe

Die Personalausstattung in den Kitas muss verbessert, der „Pakt für den Nachmittag“ durch eine vertraglich verlässliche und hochwertige, nachschulische Betreuung für alle Schulkinder abgelöst werden, bei der Schulträger und freie Träger zusammenarbeiten. Aus Sicht des PARITÄTISCHEN Hessen braucht das Land eine neue, geschlechtergerechte und ressortübergreifende Landesjugendpolitik, bei der die Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen im Mittelpunkt stehen.

Migration, Flucht und Asyl

Das Landesförderprogramm „Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“ (WIR), mit dem verschiedene Projekte und Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund in Hessen gefördert werden, sollte reformiert werden, da es derzeit an den Bedarfen sowohl der Zielgruppe als auch der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden vorbeigeht. Migrations- und Flüchtlingsberatung in Hessen müssen aus- und aufgebaut, die Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge verbessert werden. Eine weitere Forderung des PARITÄ-

TISCHEN Hessen sind Mindest- und Gewaltschutzstandards in Gemeinschaftsunterkünften.

Straffälligenhilfe

Der PARITÄTISCHE Hessen fordert, dass Bagatelldelictaten nicht länger zu Haft führen können, sondern dass stattdessen alternative Sanktionen verhängt werden. Denn die negativen Folgen von Inhaftierungen, wie Verlust von Wohnung und Arbeit, soziale Ausgrenzung, Verarmung, treffen nicht nur die Straffälligen selbst, sondern auch ihre Familien. Im Strafvollzug ist durch Angebote und Maßnahmen sicherzustellen, dass eheliche beziehungsweise partnerschaftliche und familiäre Beziehungen aufrechterhalten oder wiederhergestellt werden können und mögliche Trennungen beratend begleitet werden.

Suchthilfe

Manche Geflüchtete suchen in Alkohol, Medikamenten oder illegalen Drogen einen vermeintlichen Ausweg aus ihrer schwierigen Situation. Der PARITÄTISCHE Hessen fordert, für Geflüchtete mit Suchtproblemen Wege in das Hilfesystem zu ebnen, zu dem viele derzeit keinen vollumfänglichen Zugang haben.

Der PARITÄTISCHE Hessen fordert außerdem die zukünftige Landesregierung auf, die politische Unterstützung für die seit 33 Jahren erfolgreich tätige Selbsthilfegemeinschaft „Die Fleckenbühler“ aufrechtzuerhalten und gemeinsam mit Landeswohlfahrtsverband und den betroffenen Landkreisen eine trag- und zukunftsfähige Finanzierung zu erreichen.

Wohnungslosenhilfe

Um die Wohnungslosigkeit in Hessen zu überwinden, fordert der PARITÄTISCHE Hessen ein Aktionsprogramm, unter anderem zum Aufbau kommunaler Fachstellen zur Prävention von Wohnungsverlusten in ganz Hessen und zur Erschließung von Wohnraum sowie die Einführung einer landesweiten, integrierten geschlechterdifferenzierenden Wohnungsnotfallstatistik.